

Information Festbeträge Betroffene –

Gemeinsame Position von:



Festbeträge bei Hilfsmitteln:

Warum Ihre Versorgung jetzt in Gefahr geraten kann

Betroffene mit Inkontinenz, Blasenentleerungsstörungen, intermittierendem Selbstkatheterismus – kurz ISK – oder einem künstlichen Darmausgang (Stoma) bzw. einem künstlichen Blasenausgang (Urostoma) sind jeden Tag auf eine sichere, passende und verlässliche Hilfsmittelversorgung angewiesen.

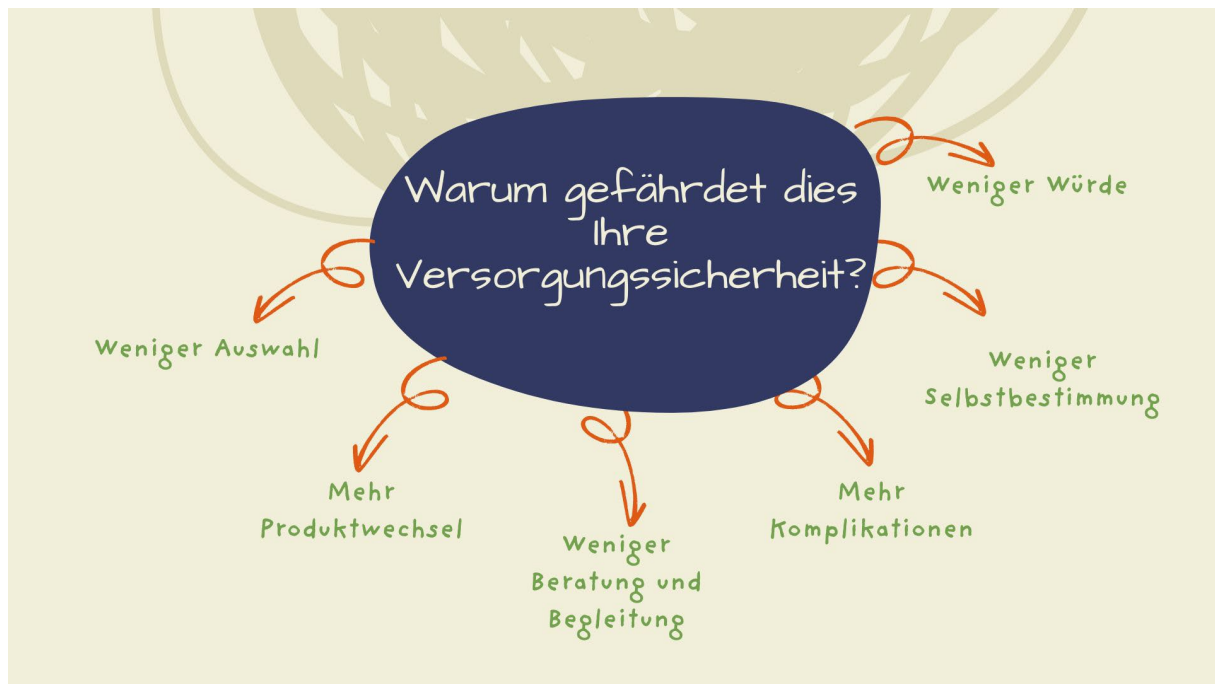
Für sie sind Einmalkatheter, ableitende Inkontinenzhilfen, Stomabeutel, Basisplatten, Hautschutzprodukte sowie Beratung, Anleitung, Nachsorge und Betreuung keine Komfortleistungen. Sie sind Voraussetzung für Gesundheit, Selbstbestimmung, Würde, Beruf, Familie und gesellschaftliche Teilhabe. Der aktuelle Gesetzentwurf zur Stabilisierung der GKV-Beiträge sieht vor, Festbeträge für Hilfsmittel deutlich auszuweiten.

Das bedeutet: Für bestimmte Hilfsmittel kann ein einheitlicher Höchstbetrag festgelegt werden, an dem sich die Versorgung künftig orientiert. Im Gesetz stehen Formulierungen, die aus Sicht der Selbsthilfe hochproblematisch sind: Es sollen „Wirtschaftlichkeitsreserven“ ausgeschöpft, ein „wirksamer Preiswettbewerb“ ausgelöst und die Versorgung an „möglichst preisgünstigen Versorgungsmöglichkeiten“ ausgerichtet werden. Besonders kritisch ist, dass eine hinreichende Auswahl an Hilfsmitteln nur „soweit wie möglich“ sichergestellt werden soll.

Genau diese Formulierungen kritisieren Inkontinenz Selbsthilfe e. V., FgSKW, die Initiative „Faktor Lebensqualität“ im BVMed und Selbsthilfe Stoma-Welt e. V. die sich in einer gemeinsamen Initiative zusammengeschlossen haben, um die geplanten Änderungen kritisch zu begleiten und sich geschlossen für die Interessen der Betroffenen einzusetzen, weil sie eine Versorgung nach Preislogik statt nach individuellem Bedarf befürchtet.

Warum ist das gefährlich?

Hilfsmittelversorgung bei Stoma, Inkontinenz und Blasenentleerungsstörungen ist hochindividuell. Es gibt nicht „das eine“ Produkt für alle. Ein Hilfsmittel muss zum Körper, zur Erkrankung, zur Mobilität, zur Haut, zur Handhabung, zum Alltag und zur persönlichen Lebenssituation passen. Wenn der niedrigste Preis zum Maßstab wird, drohen konkrete Verschlechterungen:



Weniger Auswahl: Betroffene könnten nicht mehr das Hilfsmittel erhalten, das für sie am besten geeignet ist, sondern nur noch das, was in den Festbetrag passt.

Mehr Produktwechsel: Wer gut versorgt ist, könnte zu einem günstigeren Produkt gedrängt werden – auch wenn dies medizinisch oder im Alltag schlechter passt.

Weniger Beratung und Begleitung: Individuelle Anleitung, Schulung und Nachsorge könnten unter Druck geraten, obwohl sie für eine sichere Anwendung entscheidend sind.

Mehr Komplikationen: Unpassende oder unzureichend erklärte Hilfsmittel können zu Infektionen, Hautschäden, Schmerzen, Unsicherheit und zusätzlichen Arzt- oder Klinikbesuchen führen.

Weniger Selbstbestimmung: Wer Angst vor Versorgungsproblemen hat, verlässt seltener das Haus, schränkt Arbeit, Reisen, Sport und soziale Kontakte ein oder wird stärker von Angehörigen abhängig.

Weniger Würde: Hilfsmittel betreffen intime Lebensbereiche. Eine Versorgung, die sich am billigsten Standard orientiert, kann das Gefühl von Sicherheit, Kontrolle und Privatsphäre massiv beeinträchtigen.

Warum reicht „soweit wie möglich“ nicht?

Die Formulierung, eine hinreichende Hilfsmittelauswahl solle nur „soweit wie möglich“ sichergestellt werden, ist aus Sicht der Betroffenen keine verlässliche Garantie. Sie öffnet die Tür dafür, dass Auswahl und Wahlfreiheit eingeschränkt werden, sobald sie wirtschaftlich nicht mehr in das System passen. Die Inkontinenz Selbsthilfe e. V. warnt deshalb ausdrücklich vor einer Versorgung, bei der individuelle Bedarfsdeckung nur noch nach Kassenlage erfolgt.

Was zeigt die Erfahrung?

Preisorientierte Steuerung im Hilfsmittelbereich hat bereits in der Vergangenheit zu Problemen geführt. Ausschreibungen haben gezeigt, was passiert, wenn der niedrigste Preis die Versorgung dominiert: weniger Wahlfreiheit, Produktwechsel, Beratungsdefizite und Unsicherheit im Alltag. Deshalb wurden Ausschreibungen in sensiblen Hilfsmittelbereichen 2019 gesetzlich eingeschränkt bzw. verboten. Das Feedback der Selbsthilfe macht deutlich: Festbeträge dürfen nicht zur neuen Preissteuerung mit ähnlichen Folgen werden.

Unsere Forderung

Hilfsmittelversorgung darf nicht am billigsten Produkt ausgerichtet werden. Sie muss sich am tatsächlichen Bedarf der Betroffenen orientieren.

Wir erwarten:

Bedarf statt Billiglogik.

Die individuelle Versorgung muss gesetzlich gesichert bleiben.

Wahlfreiheit statt Zwangswechsel.

Betroffene müssen weiterhin das Hilfsmittel erhalten können, das für sie geeignet ist.

Beratung statt Versorgungslücke.

Anleitung, Schulung und Nachsorge müssen Teil einer qualitätsgesicherten Versorgung bleiben.

Menschenwürde statt Rotstift.

Hilfsmittelversorgung betrifft intime, sensible Lebensbereiche und darf nicht auf eine Minimalversorgung reduziert werden.

Beteiligung der Selbsthilfe.

Betroffene und ihre unabhängigen Selbsthilfevertretungen müssen in Entscheidungen über Versorgungsregeln verbindlich einbezogen werden.

Was Sie jetzt tun können

Schreiben Sie Ihrer oder Ihrem Bundestagsabgeordneten. Berichten Sie, warum Ihre Versorgung individuell sein muss.

Erklären Sie konkret:

- Was würde passieren, wenn Ihr individuell passendes und bedarfsgerechtes Hilfsmittel plötzlich nicht mehr zur Verfügung stünde und Sie stattdessen mit einem Produkt versorgt würden, das Ihre persönlichen Anforderungen nicht erfüllt?
- Was bedeutet es für Ihre Sicherheit und Lebensqualität, wenn Sie nicht nur auf das richtige Hilfsmittel, sondern auch auf kompetente Beratung, Anleitung und Nachsorge angewiesen sind – und diese plötzlich eingeschränkt werden?
- Welche Folgen hätte eine schlechtere Versorgung für Arbeit, Familie, Alltag und Teilhabe?

Mögliche Auswirkungen könnten sein: Einschränkungen bei der Berufsausübung, vermehrte Fehlzeiten, Rückzug aus dem sozialen Leben, zusätzliche Belastungen für Angehörige, Unsicherheiten im Alltag sowie ein Verlust an Selbstständigkeit und Lebensqualität.

Botschaft an die Politik:

Sparen Sie nicht an der Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung von Menschen, die jeden Tag auf Hilfsmittel angewiesen sind.

Lebensqualität darf kein Sparpotenzial sein.